

1.2 Parteien und Parteiensystem unter veränderten Bedingungen – die Beiträge in diesem Band

Robert Grünewald

Politische Parteien und Parteiensysteme werden seit geraumer Zeit von einem tiefgreifenden Wandel erfasst. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich damit auch Sorgen um das Überleben der Demokratie als Staatsform verbinden. In ihrem 2018 erschienenen Buch mit dem Titel „Wie Demokratien sterben“ gehen die beiden Politikwissenschaftler und Harvard-Professoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt primär auf die „prekäre“ Lage der Demokratie unter der Präsidentschaft Donald Trumps in den Vereinigten Staaten von Amerika ein, sparen aber auch Europa keineswegs aus. Ihre Bilanz der bisherigen Regierungszeit in Italien, Polen und Ungarn fällt ernüchternd aus. In Polen etwa habe die Regierungspartei PIS die Justiz in ihre Gewalt gebracht.¹ In Ungarn sei es der Regierung gelungen, die Verfassung und die Wahlgesetze so zu ändern, dass ihr eine zahlenmäßige Maximierung der Parlamentsmandate in den Schoß fiel.² Für Italien fällt das Urteil milder aus, betrachtet wurde in der Untersuchung allerdings nur die Zeit bis zum Ende der Regierung Berlusconi.³

Interessant ist indessen, was die Autoren zur Lage in Deutschland schreiben: Hier seien nach dem Krieg ein Parteiensystem und mit der CDU eine Säule der Demokratie entstanden, bei deren Entwicklung die Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle gespielt hätten. Doch sei es nun eine historische Ironie, dass die Amerikaner heute von ihrem einstigen „Schützling“ lernen könnten, wenn es um die Rettung der Demokratie gehe.⁴

Zunächst ist allerdings fraglich, ob Amerika tatsächlich von Deutschland lernen kann. Denn die historische Erfahrung hat bisher immer gelehrt, dass in Deutschland amerikanische Entwicklungen eher nachvollzogen als vorwegge-

¹ Vgl. Levitsky, Steven, Daniel Ziblatt: *Wie Demokratien sterben*. München/New York 2018. S. 95 f.

² Vgl. ebd., S. 105.

³ Vgl. ebd., S. 219 f.

⁴ Vgl. ebd., S. 263ff.

nommen werden. Daher lohnt es sich zunächst, näher nach Amerika zu schauen und die dortige Entwicklung des Parteiensystems zu betrachten. Thomas Carothers, Politikwissenschaftler an der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden, hat jüngst in einem von ihm zusammen mit Andrew O'Donohue herausgegebenen Band auf die politische Polarisierung aufmerksam gemacht, die Amerika mittlerweile spalte.⁵ Ursache der politischen Spaltung sei jedoch nicht die Politik selbst, sondern die gesellschaftliche Entwicklung, die sich in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten vollzogen habe und im politischen System nur nachvollzogen werde: „Die Spaltung der Gesellschaft reproduziert sich in der Politik.“⁶

Daraus lässt sich einiges ableiten und lernen. Zunächst verweist der Autor auf den stabilen Nachkriegskonsens in der amerikanischen Gesellschaft, der das Land einte, und die von allen geteilten Ziele und Perspektiven der Erneuerung, des ökonomischen Wachstums und der Abwehr des kommunistischen Einflusses. Wie konnte es also zu der skizzierten Spaltung kommen? Die 60er Jahre hätten, so Carothers, einen ganzen „Set“ von neuen Impulsen und Anschauungen hervorgebracht, die die etablierten Autoritäten, die gesellschaftlichen Traditionen, die Sexualmoral und soziokulturellen Hierarchien herausforderten. Die einen machten mit, die anderen stellten sich dagegen, und so entstanden im Wesentlichen eine progressive und eine konservative Haltung, mithin zwei „fiercely opposed visions“⁷, deren Gegensatz und Spaltung sich bald vor allem auf drei Feldern manifestierten: dem Kampf um die Gleichheit der Ethnien, der Rolle von Staat und Regierung in der Gesellschaft sowie dem Wandel traditioneller Moralvorstellungen.⁸

Es war klar, dass auch die Politik auf diese Entwicklung reagieren würde, zumal es Propagandisten und Akteure der jeweiligen Richtung gelang, ihre Sichtweisen in der Politik zu verankern. Spätestens Ende der 70er Jahre, so Carothers, waren die politischen Parteien, die einst der Nachkriegskonsens geeint hatte, für den Wähler vor allem entlang der skizzierten gesellschaftlichen Konflikt- und Trennlinie („cleavage“) unterscheidbar geworden.⁹ Auch die Medien trugen bald das Ihre zur Verschärfung der ideologischen Polarisierung zwischen den beiden

⁵ Vgl. Carothers, Thomas: *The Long Path of Polarization in the United States*. In: Ders., Andrew O'Donohue: *Democracies Divided. The Global Challenge of Political Polarization*. Washington 2019. S. 65-92.

⁶ Zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Nov. 2019: *Die große Spaltung*.

⁷ Carothers, *The Long Path*, a. a. O., S. 67.

⁸ Vgl. ebd., S. 66ff.

⁹ Vgl. ebd., S. 70.

großen Parteien bei. Die Wahl Donald Trumps ist insofern nicht mehr überraschend, macht sie doch lediglich die tiefgreifende Spaltung in Politik und Gesellschaft der Vereinigten Staaten sichtbar¹⁰, die sich in der Corona-Krise eher noch verschärft haben dürfte.

Was folgt daraus? Carothers beschreibt als mit Abstand bedrückendste Konsequenz der Entwicklung die Unfähigkeit des Kongresses, seinen ureigenen und wichtigsten parlamentarischen Aufgaben nachzukommen wie die Verabschiedung des Haushalts und die Gesetzgebung generell.¹¹ Auch die Kontrollfunktion des Parlaments sieht er beeinträchtigt mit Blick auf die Rolle des Präsidenten. Und: die skizzierte Polarisierung beschädigt vor allem das Amt des Präsidenten. Galt bisher die Vorstellung vom Präsidenten als einem Präsidenten aller Amerikaner, so sei Trump nunmehr der Präsident lediglich seiner Wähler. Die gesellschaftliche und parteipolitische Polarisierung macht auch vor der Beschädigung der politischen Institutionen nicht Halt.¹²

Kann es auch in Deutschland zu ähnlichen Entwicklungen im politischen System kommen? Zunächst muss man von den gesellschaftlichen Bedingungen ausgehen, von denen in Amerika die parteipolitische Spaltung ihren Ausgangspunkt nahm, und die in Deutschland grundlegend verschieden sind. Hier galt nach dem Krieg für lange Zeit die Annahme einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, ein Begriff, den der Soziologe Helmut Schelsky prägte, und der ihm zur Charakterisierung des angenommenen gesellschaftlichen Gleichgewichts mit geringen sozialen Unterschieden und einem hohen Maß an politischer Stabilität diente.¹³ Treiber dieser Entwicklung waren das wirtschaftliche Wachstum mit höheren Löhnen, Steigerung des Lebensstandards, Verbesserung der Arbeitswelt, einem Mehr an Freizeit sowie die steigende Lebensdauer der Menschen.

Davon profitierte unter Stabilitäts Gesichtspunkten auch das Parteiensystem, das zudem, anders als das auf dem Mehrheitswahlrecht beruhende amerikanische Zwei-Parteien-System, wegen des Verhältniswahlrechts sich als Mehrparteiensystem herausbildete. Dies hatte zur Folge, dass gesellschaftsverändernde Impulse im Unterschied zu Amerika, wo sie nach Einwanderung in das Parteiensystem zu Radikalisierung und Spaltung desselben führten,¹⁴ hierzulande zur Gründung neuer Parteien führten. So trat mit den Grünen 1980 eine Partei auf den Plan,

¹⁰ Vgl. ebd., S. 76f.

¹¹ Vgl. ebd., S. 80ff.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Schelsky, Helmut: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Stuttgart 1954. S. 218.

¹⁴ Vgl. Carothers, The Long Path, a. a. O.

die sich den wirtschaftlichen, sozialen und liberalen Grundströmungen und ihren parteipolitischen Vertretern mit ihrer ökologischen Ausrichtung als neue Partei hinzugesellte. Politische Impulse aus der Gesellschaft führen im Parteiensystem hierzulande tendenziell also weniger zu radikaler Spaltung und Polarisierung als zu pluraler Aufteilung und Zersplitterung.

Parteien und Parteiensystem repräsentieren damit den Pluralismus der Interessen in der Gesellschaft. Da die Gesellschaft sich wandelt, verändert sich auch das Parteiensystem. Man könnte auch sagen: je pluraler die Gesellschaft, desto pluraler die Parteienlandschaft. Interessant ist dabei, dass die alten Konfliktlinien (cleavages) in kultureller und ökonomischer Hinsicht weitgehend unverändert geblieben sind.¹⁵

Von der so skizzierten Funktionszuschreibung des Parteiensystems gehen auch die Autoren dieses Bandes aus. Ihre Beiträge sind ganz überwiegend vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie entstanden, verlieren aber dadurch keineswegs ihre Aktualität. Schon gar nicht, weil ja gerade die Bewältigung der Krise gezeigt hat, wie wichtig die Stabilität des parteipolitischen Funktionszusammenhangs ist.

So weist beispielsweise in seinem Einführungs-Beitrag Uwe Jun darauf hin, dass der Konflikt gesellschaftlicher Interessen seinen in die Politik übersetzten Ausdruck im Parteienwettbewerb findet. Parteien seien nun mal die Repräsentanten gesellschaftlicher Konflikte. Allerdings sei zuletzt aufgrund gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, der Erosion traditioneller Milieus und der Pluralisierung von Lebensstilen eine „Gesellschaft der Singularitäten“¹⁶ entstanden, in der der Anspruch z. B. von Volksparteien, nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen allumfassend repräsentieren zu können, nicht mehr attraktiv erscheint. Kleinere Parteien könnten noch flexibel auf individuelle Bedürfnisse reagieren. Generell erscheine die Wähleransprache aber nur noch durch selektive Themenauswahl, emotionale Ansprache und situatives Agenda Surfing möglich. Die Stabilität der (Volks-)Parteiendemokratie werde dadurch nicht nur herausgefordert, sondern auch in Frage gestellt. Die Frage sei aber, ob andere, neue Parteitypen im Sinne demokratischer Stabilität agieren können.

Dass der Bestand der Demokratie auch und vor allem von der Pflege der Demokratie in den Parteien selbst abhängt, darauf verweist Ingrid Reichart-Dreyer in ihren Ausführungen über die Satzungen der politischen Parteien. Bei diesen

¹⁵ Vgl. Decker, Frank: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: eine neue Konfliktlinie in den Parteiensystemen? In: Zeitschrift für Politik, 66. Jg./2019, H. 4, S. 445–454.

¹⁶ Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017.

allerdings stehe das Maß an Aufmerksamkeit, die sie erfahren, in krassem Gegensatz zu ihrer Bedeutung für Parteileben und Wahlerfolge. Allerdings lerne man bei genauerem Hinsehen auch, dass die Parteisatzungen doch sehr unterschiedliche Bestimmungen enthalten. Die Satzung der CDU setze auf locker assoziierte Vereinigungen und Integration durch Beteiligung und Proporz. Ihre Vorsitzenden könnten sich auf den gut ausgebauten Parteiapparat verlassen. Dagegen seien die Bestimmungen bei der SPD zum Teil widersprüchlich, ermöglichten Flügelbildungen und beschnitten die Rechte ihrer Vorsitzenden, denen es dadurch an Führungs- und Gestaltungsmöglichkeit fehle. Damit laufe man immer auch Gefahr, dass sich der Parteiapparat verselbständige.

Wichtigster Teil der Satzungen sind die Bestimmungen über Aufbau, Organisation und Struktur der Parteien. Jan Treibel untersucht in diesem Zusammenhang die Prozesse innerparteilicher Willensbildung und lenkt den Blick auf die Bedeutung von Parteizentralen, Parteitag und Parteibasis einerseits und die Parlamentsfraktionen und Regierungsämter andererseits für das Zustandekommen von Entscheidungen. Letztere haben als Entscheidungsorte nach seiner Auffassung deutlich etwa gegenüber den Parteitagen an Einfluss auf die Entscheidung zugenommen. Zwar seien die Parteitage formal immer noch das höchste politikgebende Gremium der Parteien, doch die Inhalte wie die meisten anderen Fragen würden in anderen Gremien formuliert und vorentschieden. Allerdings gebe es neuerdings auch den Trend zur stärkeren Einbindung der Parteibasis mittels neuer Beteiligungsformate, was für die innerparteiliche Demokratie sicher als Fortschritt zu werten ist.

Dagegen wird dem Wahlkampf als sichtbarstem Ausdruck des demokratischen Parteienwettbewerbs im Allgemeinen nur wenig Positives zugeschrieben – zu Unrecht, wie Markus Karp ausführt. Zwar übersieht auch er nicht die Ursachen dafür, die vor allem in der Nichteinlösung gegebener Wahlversprechen zu sehen sind – Deutschland liegt hier nach einer Untersuchung wegen der Koalitionszwänge nach Wahlen mit an der Spitze. Dem hält er jedoch den Umstand entgegen, dass andererseits der deutsche Sozialstaat zu einem Großteil auf Wahlgeschenken und damit eingelösten Wahlversprechen basiere. Was ihn aber viel mehr besorgt, ist das Vordringen zweifelhafter Wahlkampfmethoden, die sich vor allem auf soziale Medien und die Möglichkeiten des Digitalen stützen. Hier müsse die Politik reagieren, wenn es nicht zu einer Tribalisierung wie in den angelsächsischen Ländern kommen solle, mit der die Gesellschaft in Jung und Alt, Stadt- und Landbewohner, Oben und Unten usw. gespalten werde – eine gefährvolle Entwicklung für die Demokratie, mit der bei Wahlen nicht mehr der politische Kompromiss, sondern die Erzielung numerischer Hegemonie im Vordergrund stehe. Nötig seien also Re-

formen und neue Regeln, damit Wahlkämpfe ihre für die Demokratie so wichtige Funktion weiterhin erfüllen können.

Einen Gewinn für die Demokratie sieht Florian Hartleb in der Entwicklung hin zu transnationalen Wahlkämpfen bei den europäischen Parteienfamilien, wie sie sich u.a. in der Aufstellung europäischer Spitzenkandidaten ausdrücke. Die Parteien auf europäischer Ebene seien schließlich ein wichtiger Faktor der Integration und trügen erheblich dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden. Sie spielten eine wichtige Rolle beim Interessenausgleich zwischen den nationalen Parteien, weil auf europäischer Ebene die Parteienkonkurrenz von nationalstaatlichen Interessen durchbrochen werde. Dennoch könnten sie oft losgelöst von nationalstaatlichen Interessen agieren, wenn es etwa um globale Konflikte und Krisen gehe. Auf europäischer Ebene fehle allerdings mit einem europäischen *demos* grundsätzlich der Gegenstand demokratischer Herrschaft, womit die Herausbildung einer kollektiven europäischen Identität erschwert werde. Es gebe aber Vorschläge wie den, ein transnationales Parteiensystem zu schaffen. Eine (Partei-)Politisierung der Europäischen Union könnte sogar dann besonders notwendig werden, wenn es darum gehe, den zunehmenden populistischen Attacken auf das europäische Einigungswerk entschieden entgegen zu treten.

Gerade der vordringende Populismus in Deutschland und Europa ist auch das sichtbarste Zeichen des Wandels der Parteiensysteme. Augenfällig ist dabei zunächst neben dem Erstarken populistischer Parteien vor allem der Wählerrückgang bei den Volksparteien. Elmar Wiesendahl sieht diese nach einem fulminanten Aufstieg parallel zum Wirtschaftsaufschwung in der Frühphase der Bundesrepublik spätestens seit den 1990er Jahren im Rückwärtsgang. Als Ursachen registriert er neben politischen Fehlern vor allem eine veränderte Konfliktstruktur in der Gesellschaft, die von den etablierten Parteien nicht adäquat repräsentiert werde. Bei der SPD verweist er hier vor allem auf eine soziale Spaltung der Gesellschaft in Folge der Hartz-4-Gesetze, bei der Union auf den Konflikt um die offene Migrationsgesellschaft. Auch sieht er generell das Volksparteien-Modell kritisch, doch verfügten diese noch über die elektorale Marktführerschaft und hätten durchaus eine respektable Überlebenschance, wenn es ihnen gelinge, den gesellschaftlichen Zusammenhalt wiederherzustellen und bei politischen Großthemen wie der Klimawende ihre Glaubwürdigkeit zu untermauern.

Den zugrunde liegenden gesellschaftlichen Wandel und den damit einhergehenden Einstellungswandel in der Wählerschaft sieht Sabine Pokorny bereits in den 1970er Jahren einsetzen. Sie verweist dabei auf die Bildungsexpansion und das vermehrte politische Interesse, gleichzeitig aber auch auf eine veränderte Arbeitswelt, Säkularisierung, Medialisierung und Individualisierung in der Gesell-

schaft. Und es stünden immer mehr Parteien zur Auswahl. Auch wenn die Partei-
bindungen in der Wählerschaft immer geringer würden, so sei es dennoch begrü-
ßenswert, dass die Demokratiezufriedenheit nicht nachlasse, sondern im Gegen-
teil sich gegenwärtig auf dem Höhepunkt befinde und sogar noch weiter steige.
In der Wahrnehmung der Wählerschaft seien die etablierten Parteien alle mehr
oder weniger in die Mitte gerückt, dort allerdings verorte sich auch die große
Mehrheit der Wähler. Man müsse daher „sensationsheischenden“ Diagnosen hin-
sichtlich einer zunehmenden Volatilität, Beeinflussbarkeit und Unberechenbarkeit
der Wähler mit Skepsis begegnen.

Unübersehbar ist allerdings der Aufstieg populistischer Parteien in Deutsch-
land und Europa, den Karsten Grabow unter die Lupe nimmt. In seiner Definition
handelt es sich dabei um Parteien und Strömungen, die verunsicherte und unzu-
friedene Menschen für ihre eigenen politischen Ziele zu mobilisieren suchen, wo-
bei es ganz unterschiedliche Spielarten des Populismus' gibt, wie etwa den Links-
und den Rechtspopulismus. Er bleibt bei seiner Analyse nicht bei Deutschland
stehen, sondern untersucht das Phänomen quer über Europa hinweg, indem er po-
pulistische Stärken und Trends mittels konkreter Zahlen herausarbeitet. Bei allen
Unterschieden jedoch haben Populisten eines gemeinsam: Sie mobilisieren gegen
„die da oben“, das sogenannte politische „Establishment“. Auch wenn es nach
Auffassung des Autors kein Patentrezept gegen Populismus gibt, so gibt er der
etablierten Politik doch den Rat, den Populisten mit zukunftsorientierten, sach-
lichen und auf Interessenausgleich setzenden Politikangeboten zu begegnen, die
die Gesellschaft zusammen halten. Nur bei populistischer Grenzüberschreitung
in den Extremismus spricht er sich auch für den Einsatz verfassungsschützender
Maßnahmen aus, um den demokratischen Rechtsstaat vor Schaden zu bewahren.

In Deutschland ist es die AfD, mit der der (Rechts-)Populismus Einzug in die
Politik gehalten hat. Deren Entstehungsgeschichte zeichnet Hubert Kleinert nach.
Er macht vor allem eine seit ihrer Entstehung 2013 zunehmende Radikalisierung
aus, die sich nicht nur in der Auswechslung der handelnden Personen ausdrücke,
sondern auch in einer sich zusehends inhaltlich und sprachlich verschärfenden
Programmatik. Es gelinge der Partei nicht nur, den anderen Parteien Wähler ab-
zugewinnen, sondern auch Menschen an die Wahlurnen zu bringen, die diesen
zuvor ferngeblieben sind. In der Frage, wie weit rechts die AfD stehe, schließt
sich der Autor denjenigen an, die die Partei kulturell auf einer rechten Flügelpo-
sition verorten. Allerdings verweist er auch darauf, dass dies keineswegs immer
und überall so eindeutig sei, schließlich verbänden sich in ihrer Programmatik
z.B. durchaus diskutabile Einzelforderungen einerseits mit fundamentaler System-
kritik andernorts. Anhand eigener Studien mit Datenmaterial über Weltbilder und

Einstellungsmuster der Parteibasis der AfD weist er nach, dass vieles von dem, was bei der AfD gelte, auch in der Gesamtgesellschaft geteilt werde. Es helfe daher nicht, die Partei politisch auszugrenzen und damit immer wieder aufs Neue in eine Opferrolle zu drängen, sondern man müsse sich mit ihr inhaltlich auseinandersetzen und die Motive der AfD-Wähler ernst nehmen.

Kulturell stünden, so Hubert Kleinert, AfD und Grüne sich diametral gegenüber. Deren Erfolgsgeschichte zeichnet er in einem weiteren Beitrag nach unter Verweis darauf, dass es bereits seit 2011 öffentliche Debatten darüber gebe, ob die Grünen nicht auf dem Weg zu einer neuen Volkspartei seien. Der Höhenflug der Partei sei aber, so Kleinert nicht zur Gänze selbst verdient. Viele politische und gesellschaftliche Entwicklungen spielten den Grünen einfach in die Karten. Kleinert weicht auch nicht der Frage aus, die öffentlich immer öfter gestellt wird, ob in absehbarer Zeit mit einem grünen Bundeskanzler oder einer grünen Bundeskanzlerin gerechnet werden müsse. Er hält das nicht für ausgeschlossen, denn das Medienklima begünstige die Grünen vor allem auch deshalb, weil sich die Mehrzahl der Medienakteure personell aus dem gleichen Milieu rekrutiere wie die Grünen selbst. Aber er sieht nach einem solchen Aufstieg bis ins höchste Regierungsamt auch eine gewaltige Fallhöhe, insbesondere bei der Aufgabe, eine nach vielen Seiten auseinanderstrebende, polarisierte Gesellschaft zusammenzuhalten. Ob dabei ihre eigene politische Kraft ausreicht, einen Großteil der in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen, erscheine also auf längere Sicht überaus fraglich.

Einen tiefen Fall hinter sich hat die deutsche Sozialdemokratie, wie Matthias Micus detailliert darlegt. Eine wesentliche Ursache dafür sieht er in dem tiefen Spalt zwischen Partielite und Parteibasis, dessen Ausformung bereits in den 1970er Jahren begonnen habe, als die 68er-Bewegung in die Partei hineinströmte und die bis dahin dominierende Arbeiterklasse majorisierte. Hinzugekommen sei, dass die SPD als Volkspartei alle Milieus habe bedienen wollen, dies ihr in der Folge aber in keinem einzigen Milieu mehr wirklich gelungen sei. Das Mitregieren in der Großen Koalition sei nicht, wie in jüngster Vergangenheit immer wieder behauptet, das größte Problem. Vielmehr kämen von der Parteibasis keine Impulse mehr. Solange sich dies nicht ändere, bestehe keine Aussicht auf eine baldige Trendumkehr.

Daran hat sich für die Sozialdemokratie auch in der Corona-Krise nur wenig geändert, obwohl es zu deutlichen Verschiebungen bei den Größenrelationen der Parteien gekommen ist, wie Oskar Niedermayer darlegt. Er beschreibt die Pandemie als einen externen Schock für das Parteiensystem, der die Rahmenbedingungen des politischen Wettbewerbs verändert habe. Die Union habe als handelnde Regierungspartei davon deutlich profitieren können, während die SPD trotz Re-

gierungsbeteiligung keinen Nutzen daraus ziehen konnte. Immerhin habe sie keine größeren Verluste hinnehmen müssen, wie es bei den Oppositionsparteien der Fall gewesen sei. Niedermayer weist allerdings auch darauf hin, dass man nicht sicher sein könne, ob es sich bei den Relationsverschiebungen nur um kurzfristige oder doch um längerfristige Effekte handelt.

Wichtiger, weil grundsätzlich, ist ohnehin die Frage, ob es doch noch Hoffnung für ein Überleben des althergebrachten Parteiensystems gibt? Elmar Wiesendahl sieht durchaus Chancen. Um die Parteien auch künftig handlungs-, mehrheits- und zukunftsfähig zu erhalten, schlägt er vor, diese als strategische Zukunftswerkstätten einzurichten, wobei die Parteileitung als „Werkstattleitung“ fungiere und die Basis gewissermaßen als Berater. Politische Entscheidungen dagegen „top down“ zu fällen, also ohne breite Beteiligung der Basis, hält er für einen großen Fehler. Als Beispiele für misslungenes Zukunftsmanagement nennt er die Einführung der Hartz-4-Reformen und den Ausstieg aus der Kernenergie, Entscheidungen, die beide von oben herab weitgehend ohne Beteiligung der Parteibasis gefällt worden seien. Er plädiert demgegenüber für eine substantielle Beteiligung der Basis bei Entscheidungen großer Tragweite, eine zukunftssichernde Attraktivitätssteigerung der Mitarbeit und damit eine Revitalisierung des Binnenlebens der Parteien.

Als Zukunft sicherndes Konzept für die CDU beschreibt Volker Kronenberg den Wandel und die Öffnung der Partei im deutschen Parteienspektrum, die auch als historisches Vermächtnis der vormaligen Vorsitzenden Angela Merkel zu begreifen sei. Unter ihrem Vorsitz und ihrer Kanzlerschaft habe es eine Reihe von programmatischen Neujustierungen gegeben, so in der Familienpolitik, der Wehrpflicht, der Bildungspolitik oder der Energiepolitik, mit der konservative Bastionen geräumt und Konsens in der gemäßigten Mitte des Parteiensystems erzielt worden seien – freilich zum politischen Preis, dass die Bindewirkung zum rechten Rand des Parteienspektrums verloren ging. Die Flüchtlingskrise habe diese Entwicklung noch verstärkt. Dem Verlust an Wählern stehe der Gewinn an Koalitionsoptionen gegenüber. Und innerhalb der Wählerschaft habe außerdem eine Diversifizierung stattgefunden, die ebenfalls als Gewinn verbucht werden könne, dies vor allem auch dank einer koalitionspolitischen Öffnung zu den Grünen hin. Politikinhaltlich wie programmatisch sei der Modernisierungskurs Merkels zwar nicht alternativlos gewesen, aber alle denkbaren Alternativen seien schlechter gewesen.

Eine koalitionspolitische Öffnungsstrategie verfolgen nach Ansicht von Niko Switek auch die Grünen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Dies habe man nach Entdeckung der Regierungsfähigkeit in rot-grünen Koalitionen zu-

nächst in einer Testphase auf Länderebene versucht, auch wenn dies schwierig war, da sich die Grünen anfangs noch als Anti-Parteien-Partei verstanden. Ihre Abwehrhaltung gegenüber der CDU indes konnte diese bei der Koalitionsbildung in Hamburg 2008 aufbrechen, als man den Grünen inhaltlich weit entgegenkam. Damit war nach Auffassung des Autors ein Tabu gebrochen, das sich mit der grün-schwarzen Regierung in Baden-Württemberg schließlich noch weiter abschwächte. Diese „Vorarbeit“ in den Ländern schwächte die Begründungspflicht für künftige schwarz-grüne Bündnisse auch im Bund, so dass die Jamaika-Verhandlungen nach der Bundestagswahl 2017 nur mehr als logische Konsequenz erscheinen mochten. Auch wenn diese scheiterten, so bleibt für die Grünen als Gewinn, dass sie künftig offener, also ohne größere Festlegung in Wahlkämpfe gehen können und sich für künftige Regierungsbildungen nach Auffassung des Autors koalitionspolitisch gewissermaßen unersetzlich gemacht haben.

Ob allerdings Koalitionen nach herkömmlichem Muster künftig überhaupt noch möglich sein werden, das bezweifelt Volker Best. Er verweist auf das Scheitern der Jamaika-Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 2017, spricht in diesem Zusammenhang von einer handfesten Regierungsbildungskrise, auch mit Blick auf die ungewöhnlich langen Verhandlungen bis zum Zustandekommen der Großen Koalition, und ist sich sicher, dass die Wähler dies nicht mehr beliebig oft mitmachen und ihre Stimmen möglicherweise an die Ränder des Parteienspektrums wandern werden. Er schlägt daher eine Reform des Wahlsystems vor, das den Veränderungen im Parteiensystem Rechnung trägt. Reformvorschläge hat es in der Vergangenheit schon etliche gegeben, auch aus der Mitte des Bundestages heraus, doch sein Vorschlag ist insofern bedenkenswert, als er über die beabsichtigte Vermeidung einer Aufblähung der Mandatszahl hinaus auch auf eine Verbesserung der Bedingungen für eine effektive Regierungsbildung zielt. Mit einem Mandatsbonus sollen danach Wahlbündnisse belohnt werden, die zusammen auf über 40 Prozent der Stimmen kommen, und – neben dem Auffangen eines Mandatsüberhangs – so in die Lage versetzt werden, eine tragfähige Mehrheit und stabile Regierung zustande zu bringen. Danach hätte es bei der Bundestagswahl 2017 zu einer Mehrheit gereicht für: Schwarz-Gelb.

Für „kleinere“ Parteien wie die FDP setzt dies allerdings voraus, dass sie überhaupt die Fünf-Prozent-Eintrittsschwelle zum Deutschen Bundestag überwinden. Wie schwierig der Weg zurück für die FDP nach ihrem parlamentarischen Ausscheiden 2013 war, zeichnet Daniel Hellmann nach. Er konturiert den „steinigen Weg“, den die Partei dabei gehen musste, und sieht in der gelungenen Konsolidierung mit Erneuerung bei Personal, Programmen und Inhalten durchaus eine tragfähige Basis für die Zukunft. Jedenfalls ist es nach seiner Auffassung bei den sich

abzeichnenden Dreier-Koalitionen als künftiges Koalitionsmodell wahrscheinlicher geworden, dass die FDP wieder zum Regieren gebraucht wird, auch wenn sie sich 2017 noch verweigert hat. Aber da ist sie sich selbst untreu geworden, wie der Autor meint, begreift sie sich doch selbst als geborene Regierungspartei.

Letzteres wäre gerne auch Die Linke, doch ist dafür bislang die Wählerzustimmung zu schmal geblieben. Um dies zu ändern, gab es innerhalb der Partei nach den Wahlerfolgen von parteiunabhängigen Bewegungen in Frankreich (Macron/En Marche) und anderswo die Hoffnung, auf ähnliche Weise Wahlerfolge organisieren zu können. Benjamin Höhne zeichnet die von Sarah Wagenknecht gestartete Initiative *Aufstehen* nach. Diese „Versuchsanordnung“, die mit großen Hoffnungen auf den Weg gebracht worden war, scheiterte allerdings alsbald, weil sie gleich mehrere Defizite inhaltlicher wie strategischer Natur nicht auszugleichen vermochte. So erfüllte die Initiative, wie der Autor feststellt, zu keinem Zeitpunkt die Kriterien, die eine soziale Bewegung in ihrem Kern ausmachen.

In der verbesserten Kommunikation sieht Paul Ziemiak ein wichtiges Mittel der Zukunftssicherung, wenn er schreibt, dass seine Partei künftig die eigentliche Neuigkeit sein müsse. Der Urheber der Botschaft als die eigentliche Botschaft – in der Kommunikationswissenschaft ist dies allerdings schon längst eine zum Modell geronnene Erkenntnis in Sachen erfolgreicher Kommunikation. Wenn er allerdings schreibt, dass in einer von Social Media beherrschten Parteien- und Politikwelt die Direktansprache der Bürgerinnen und Bürger, unterstützt durch Digitalmedien, wieder mehr ins Zentrum rücken soll, könnte er damit durchaus ein Erfolgsrezept beschrieben haben. Zumindest in Wahlkämpfen hat das seine Partei so schon erfolgreich vorgeführt.

Wie aber soll es mit dem Parteiensystem weiter gehen, wenn, wie oben skizziert, auch andere Organisationsformen zum Scheitern verurteilt sind? Geht es bei den parteiunabhängigen Bewegungen darum, vorgeblich einem irgendwie gearteten Volkswillen Ausdruck zu verleihen und dessen Wasser „auf die eigenen Mühlen“ zu lenken, so nehmen die zahlreichen Plädoyers für direkte Demokratie Anleihe bei dem Gedanken, Bürgerinnen und Bürger direkt in politische Entscheidungen einzubeziehen oder diese ihnen gar gänzlich zu überantworten und auf diese Weise dem Volkswillen Geltung zu verschaffen. Eike-Christian Hornig stellt dem sein Plädoyer für die repräsentative Demokratie und die politischen Parteien als deren Träger entgegen. Er sieht als Ursache für direktdemokratisches Ansinnen den Befund aus der politischen Einstellungsforschung, dass die Bürger den politischen Konflikt von Interessen negativ bewerten. Erst die (vermeintliche) Überparteilichkeit in einer Sache führe zu mehr Sachlichkeit und „sachgerechten“ Entscheidungen. Gerade darin sieht der Autor aber einen großen Irrtum, weil erst

der politische Prozess mit seinen Pro- und Contra-Positionen das Entscheidungsfeld bei oft hochkomplexen Fragen für den Bürger überschaubar strukturiere. Die politischen Parteien leisteten dabei mit Einordnung und Orientierungsgebung eine wichtige Hilfe. Hingegen: „Eine antagonistische Sicht, in der direktdemokratische Instrumente eine alternative Arena zur repräsentativen Sphäre formen, trägt nicht.“

Politische Parteien sind also unverzichtbar für die Demokratie, nur wie sollen sie sich organisieren? Man müsse die Parteiendemokratie ganz neu denken, schreibt Josef Lentsch in seinem Plädoyer. Es brauche neue Formen der Mitbestimmung, was wiederum eine neue Haltung der Funktionsträger und Führungskräfte gegenüber den Bürgern voraussetze. Es brauche ferner neue *Skills* und neue Rollenbilder, vor allem unternehmerisch denkende und auch disruptiv handelnde Funktions- und Mandatsträger, die etablierte Parteien von innen heraus erneuern können. Um diesen Prozess zu erleichtern, fordert er außerdem die Absenkung der 5-Prozent-Hürde, weil diese Innovation verhindere. Man müsse nur woanders hinschauen, dort werde man von erfolgreichen Rollenmodellen und Fallstudien lernen können.

Für das Festhalten am bewährten Parteiensystem plädiert Jürgen Rüttgers. Sein Blick gilt vor allem der CDU, die nach dem Absturz der SPD nicht mit einem „Weiter so“ weiter machen könne und so schon gar nicht Volkspartei bleiben werde. Für die CDU und die SPD gelte gleichermaßen, dass sie ihre Identität nicht aufgeben dürften, weil sie sonst ihre Bindekräfte nach innen und außen verlieren. Vor allem aber müsste, so wie früher, mehr diskutiert werden, müssten mehr Grundsatzdiskussionen geführt werden und der „Prozess der Bedeutungsvernichtung durch fundamentalistische Vereindeutigung“ gestoppt werden. Dies gelte vor allem für die Debatte über die entscheidenden Richtungsfragen wie Markt und Staat oder Solidarität und Eigenverantwortung. Nur mit Antworten darauf könnten Politik und Parteien den Menschen eine Lebensperspektive anbieten, die frei von Willkür und Existenzangst ist, und die Volksparteien ihr Überleben sichern.

Auch wenn es den etablierten Parteien weiterhin nachgerade unmöglich ist, den vielfach widerstrebenden Erwartungen, die an sie gerichtet sind, immer und überall Rechnung zu tragen,¹⁷ so sind die Autoren dieses Bandes doch überzeugt, dass der Primat der Politik und politische Parteien für die repräsentative Demokratie unersetzbar sind und aller Voraussicht nach auch bleiben werden.

¹⁷ Vgl. Lammert, Norbert: „Parteipolitik ist nicht schön, die Beschäftigung mit ihr aber eine Pflicht“ – Zehn Bemerkungen zur Parteiendemokratie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg./2018, H. 4, S. 933–939.

Literatur

- Carothers, Thomas: The Long Path of Polarization in the United States. In: Ders., Andrew O'Donohue: Democracies Divided. The Global Challenge of Political Polarization. Washington 2019. S. 65–92.
- Lammert, Norbert: „Parteipolitik ist nicht schön, die Beschäftigung mit ihr aber eine Pflicht“ – Zehn Bemerkungen zur Parteiendemokratie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg./2018, H. 4, S. 933–939.
- Levitsky, Steven, Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben. München, New York 2018.
- Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2017.
- Schelsky, Helmut: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Stuttgart 1954.